

Presseinformation

GEW-Proteste und -Vermittlungsgespräche bewirken Aussetzung der Zulassungsbeschränkung auf den Studienschwerpunkt Förderschule

„Die Beschränkung von Studienplätzen im Lehramtsschwerpunkt Förderschule an der Universität Koblenz-Landau zum Wintersemester 2011/12 ist vom Tisch“, teilte die stellvertretende Landesvorsitzende der Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft (GEW) Rheinland-Pfalz, Sylvia Sund, heute gegenüber der Presse mit. Im Rahmen eines von der GEW Rheinland-Pfalz initiierten Runden Tisches kam es gestern in Mainz zu einem Erfolg für die betroffenen Studierenden. Staatssekretär Michael Ebling und Universitätspräsident Prof. Dr. Roman Heiligenthal sagten zu, die Kapazitäten des Studienschwerpunktes am Campus Landau kurzfristig zu erhöhen. Durch die Schaffung von vier zusätzlichen, zunächst allerdings auf zwei Jahre befristeten, Stellen im Institut für Sonderpädagogik wird nun entgegen ursprünglicher Planung allen 133 Bewerberinnen und Bewerbern im Wintersemester 2011/12 ermöglicht werden, ihr gewünschtes Lehramt zu studieren.

Mit der Erhöhung der Kapazitäten reagieren Bildungsministerium und Universität auf die massiven Proteste am Campus Landau in den vergangenen Wochen. Die Universität wollte ursprünglich nur 66 von 133 Lehramtsstudierenden ab Beginn des Wintersemesters 2011/12 für den Schwerpunkt Förderpädagogik zulassen. Dies hätte für viele bedeutet, nach vier absolvierten Semestern mitten im Bachelorstudium ohne Perspektive dazustehen, da sie ihr Studienziel Lehramt Förderschule nicht mehr hätten studieren können. Auch ein Universitätswechsel wäre aufgrund des ungünstigen Zeitpunktes nicht mehr möglich gewesen.

Eine Arbeitsgruppe der Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft und der DGB/GEW-Hochschulgruppe unter Federführung der stellvertretenden GEW-Landesvorsitzenden Sylvia Sund hatte sich, auch angesichts des Lehrkräftemangels im Förderschulbereich, des Problems angenommen und Gespräche mit dem Bildungsministerium sowie dem Präsidenten der Universität geführt und schließlich zu einem Runden Tisch in die Mainzer GEW-Geschäftsstelle eingeladen, bei dem nun das aus Sicht der GEW und der Studierenden erfreuliche Ergebnis erzielt werden konnte.

„Mit dieser erfreulichen und aus unserer Sicht vernünftigen Entscheidung sind bestehende Ungereimtheiten bei der neuen universitären Lehrerbildung aber noch nicht überwunden“, sagte Sund. So habe Bildungsstaatssekretär Ebling verdeutlicht, dass die Aufnahme aller 133 Bewerberinnen und Bewerber am Campus Landau als Ausnahme anzusehen sei. Zulassungsbeschränkungen solle es nach Auskunft von Ministerium und Universität auch zukünftig geben müssen.

Nach Auffassung von GEW und Studierenden müssen bestehende Mängel in der Struktur der rheinland-pfälzischen LehrerInnenbildung dringend angegangen und behoben werden. Die aktuelle Kapazitätserhöhung bringe noch keine Lösungen für die Zukunft. Staatssekretär Ebling und Prof. Dr. Heiligenthal haben dem Vorschlag der GEW zugestimmt, weitere Gespräche mit allen Beteiligten zu führen und gemeinsam Konzepte für eine zufriedenstellende Lösung bei den noch bestehenden praktischen Problemen der reformierten LehrerInnenbildung zu entwickeln.

Mainz, den 14.10.2011

Diese Seite kann im Internet abgerufen werden unter:
<http://www.gew-rlp.de>